

# Wirtschafts- und finanzrelevante Geschäfte

## Prioritätensetzung der CVP

### 1. Ausgangslage

Derzeit befinden sich in der Schweiz verschiedene wirtschafts- und finanzrelevante Geschäfte auf der politischen Agenda, die für den Erhalt oder die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit relevant sind. Diese Geschäfte werden für den Bund in den nächsten Jahren grosse Einnahmeausfälle verursachen. Gleichzeitig hat der Bundesrat für das Jahr 2017 einen Überschuss von 2,8 Milliarden Franken präsentiert. Der aktualisierte Finanzplan 2019-2022 sieht einen strukturellen positiven Saldo von 1 bis 2 Milliarden Franken vor. Der Bundesrat hat angekündigt, im März 2018 eine Auslegeordnung über die finanzrelevanten Reformen zu präsentieren. Parallel dazu soll er auch die Botschaft zur Steuervorlage 17 verabschieden.

Die CVP unterstützt eine Vorlage, die der Wirtschaft die nötige Rechtssicherheit gibt. Dabei dürfen jedoch die Familien und der Mittelstand nicht auf der Strecke bleiben. Die familienpolitischen Anliegen (Abschaffung der Heiratsstrafe, hohe Krankenkassenprämien, Kinderdrittbetreuung, etc.) müssen vom Bundesrat ebenfalls in seine Planung aufgenommen werden.

**Die CVP hat ihre Prioritäten zu den verschiedenen wirtschafts- und finanzrelevanten Geschäften klar definiert und ihre Strategie ausgearbeitet.**

### 2. Die anstehenden Vorlagen und ihre Kosten (in Millionen)

Steuervorlage 17	920
Beseitigung der Heiratsstrafe	700 - 1000
Abschaffung der Stempelabgaben	2580
Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital	230
Abschaffung der Umsatzabgabe	1400
Abschaffung der Umsatzabgabe nur auf inländische Wertschriften	200
Abschaffung der Versicherungsabgabe	750
Reform der Verrechnungssteuer (inkl. NID)	400 - 700
Abschaffung der Industriezölle	490
<b>Total Kosten</b>	<b>5090 - 5690</b>

Mit der anstehenden Reform der Altersvorsorge ist beim Bund zudem mit Mehrausgaben von 400 Millionen bis 1 Milliarden Franken zu rechnen.

### 3. Position der CVP zu den verschiedenen aktuellen Wirtschafts- und finanzrelevanten Reformprojekten

#### Grundsätze

1. Für die CVP ist der **Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit** der Schweiz zentral, um den Wohlstand der Bevölkerung und das gute Funktionieren ihrer sozialen Marktwirtschaft zu bewahren.
2. Gleichzeitig ist im Steuerbereich ein **Ausgleich** notwendig, damit die **Steuergerechtigkeit** zwischen den verschiedenen Kategorien von Steuerzahlenden erhalten werden kann. Nur mit Ausgleichsmassnahmen und sinnvollen Priorisierungen kann die Akzeptanz der Steuermassnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit gewonnen werden.

#### Zu den Vorlagen

3. Gestützt auf die oben definierten Grundsätze haben zwei Vorlagen für die CVP absolute Priorität: **die Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe und die Steuervorlage 17.**
4. Die **Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe** darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Die CVP fordert den Bundesrat auf, die Botschaft zur Beseitigung der Heiratsstrafe (Reform der Ehepaarbesteuerung) **gleichzeitig** wie die Botschaft zur Steuervorlage 17 dem Parlament zu unterbreiten.  
Die CVP wird auf keine weitere der oben aufgelisteten Vorlagen eintreten (*siehe Tabelle S.1*), bevor der Bundesrat die Reform der Ehepaarbesteuerung dem Parlament unterbreitet hat und das Parlament auf die Vorlage eingetreten ist.
5. Bei den anderen Projekten verlangt die CVP vom Bundesrat eine Auslegeordnung und eine zeitliche Priorisierung. Wir verschliessen uns weiteren Reformen nicht, jedoch sollen diese zwingend **erst nach dem definitiven Abschluss der Reform der Unternehmensbesteuerung** (Steuervorlage 17) lanciert werden. Dabei sollten die Projekte, die den positivsten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit haben – aber auch auf die KMU und den Mittelstand – Priorität bekommen.
6. Eine allfällige **Abschaffung der Stempelsteuer** soll über mehrere Jahre hinweg und in mehreren Schritten erfolgen, sofern die Finanzlage dies zulässt.
7. Neben den oben aufgelisteten Vorlagen ist aktuell eine weitere Steuervorlage in Diskussion, nämlich die **Abschaffung des Eigenmietwertes**, die zurzeit in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates in Erarbeitung ist. Die CVP unterstützt diese Vorlage, von der auch viele Familien und Rentner profitieren werden. Dies ist eine alte Forderung der CVP, welche im Parlament und vor dem Volk aus verschiedenen Gründen bereits mehrmals gescheitert ist. Wir erhoffen uns, die Vorlage dieses Mal positiv zum Abschluss zu bringen.
8. Die CVP verlangt eine Grundsatzdiskussion über die **Verwendung von Rechnungsüberschüssen** des Bundes, ohne jedoch auf das Prinzip des Schuldenabbaus zu verzichten. Insbesondere soll zusätzlicher Spielraum für unabdingbare Reformen und Investitionen geschaffen werden. Diese Möglichkeit besteht heute nicht und sie kann deshalb auch nicht ohne gesetzliche Ergänzung der Schuldenbremse praktiziert werden.